

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

die tagespolitische Kulisse ist, während wir dieses Editorial verfassen, von den im Herbst bevorstehenden Wahlen geprägt. Wie hätten Wahlkampfretorik und vor allem Wahlprogramme ausgesehen, wenn anstatt des sowohl im deutschen als auch im österreichischen Wahlkampf prominent gesetzten Themas „Sicherheit“, „Care“ ein zentrales Terrain politischer Auseinandersetzung wäre? Dann würde es bei Fragen der Sicherheit vor allem um soziale Sicherheit gehen. Anstatt Sicherheit auf „Terrorismusabwehr“ zu verengen und primär mit Migrationspolitik in Verbindung zu bringen, wären ganz andere Fragen diskutier- und politisierbar: Etwa wie Sorge- und Pflegetätigkeiten so organisiert werden können, dass sie nicht auf Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnissen beruhen, sondern als gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben anerkannt und entsprechend aufgeteilt werden. Oder auch, wie für alle Beteiligten gute – und nicht effiziente – Pflege- und Sorgearbeit aussehen kann. Und wie Sorge- und Pflegearbeit gestaltet werden müsste, wenn wir die Reproduktion der Gesellschaft nachhaltig denken, wenn also Care ganz generell die Ausgestaltung unserer sozialen Beziehungen, der Ökonomie und der Ökologie – jeweils aus globaler Perspektive – mitverhandeln würde. Geschlechterfragen wären dann – in ihrer Verwobenheit mit rassifizierten Klassen- und Migrationsverhältnissen – nicht lediglich Randthemen, sondern Dreh- und Angelpunkt von Wahlprogrammen und -entscheidungen.

Diese Fiktion eines anderen Wahlkampfes ist inspiriert vom aktuellen Schwerpunktthema, für das wir diesmal Diana Auth und Clarissa Rudolph als Gastherausgeberinnen gewinnen konnten: Care im (sozialinvestiven) Wohlfahrtsstaat. Nicht mit Blick auf die anstehenden Wahlen, sondern bezogen auf die Transformation des Wohlfahrtsstaates generell wird Care theoretisch reflektiert, konzeptuell erweitert und empirisch untersucht. In der Zusammenschau zeigen diese unterschiedlichen Zugänge zum Thema, dass nicht nur die Ökonomisierung von Care – trotz multipler Krisen – weiter vorangetrieben wird, sondern ebenso, dass Geschlecht eine zentrale Ressource des sozialinvestiven Wohlfahrtsstaates bleibt.

Der Eröffnungsbeitrag des Forums reflektiert das 20-jährige Bestehen der Femina Politica: Wir freuen uns, die Festrede von Birgit Sauer abdrucken zu können, die sie anlässlich unserer Jubiläumsveranstaltung im Juni 2017 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gehalten hat. An dieser Stelle möchten wir nochmals allen danken, die mit Vorträgen und Erinnerungen dazu beigetragen haben, dass wir in diesem festlichen Rahmen mit so vielen Interessierten, Kolleg_innen, Wegbegleiter_innen und Freund_innen der Femina Politica das Jubiläum begehen konnten. Ganz besonderen Dank möchten wir an dieser Stelle dem WZB aussprechen, das uns

nicht nur einen schönen Ort bereitgestellt hat, sondern uns auch finanziell und organisatorisch großzügig unterstützt hat. Die Beiträge im Forum setzen sich des Weiteren mit Nachhaltigkeit in der Mode sowie mit der Implementierung von Gender Budgeting in den öffentlichen Haushalten der deutschen Bundesländer auseinander.

Die Rubrik Tagespolitik fokussiert die vielerorts voranschreitende Autoritarisierung von Politik. In der Türkei geht die autoritäre Politik der AKP-Regierung mit reaktionären Geschlechterpolitiken einher. Im Kontext des ‚Ausnahmestands‘ werden (Menschen-)Rechte ausgehöhlt und politische Aktivist_innen verfolgt. Dies zeigt sich jüngst an den Verhaftungen von zehn Menschenrechtsaktivist_innen Anfang Juli 2017, darunter auch zwei Frauen, die in ihrer politischen Arbeit gegen Geschlechterungleichheit und Gewalt an Frauen kämpfen. In zwei weiteren Beiträgen werden zum einen die geschlechterpolitischen Implikationen der Trump-Administration in den USA unter die Lupe genommen und zum anderen ausgehend von Marine Le Pens ‚Femotionalismus‘ die ambivalenten Bedingungen französischer Politikerinnen aus intersektionaler Perspektive analysiert. Darüber hinaus finden sich zwei Beiträge zu aktuellen Politiken in Deutschland: zum Überprüfungsprozess von CEDAW und zum zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Die Rubrik Neues aus Lehre und Forschung enthält neben hochschul- und wissenschaftspolitischen Informationen einen Beitrag zur drohenden Schließung der Central European University (CEU) in Budapest und den antizipierten Konsequenzen für Gender Studies in Mittel- und Osteuropa sowie einen Artikel zur von den Berliner Geschlechterforschungszentren initiierten elektronischen Plattform GenderOpen, auf der Publikationen der Gender Studies dauerhaft frei zugänglich gemacht werden. Die Femina Politica unterstützt das Projekt und bittet auch die Autor_innen der Zeitschrift, mit den eigenen Texten die Plattform zu bestücken.

Ausgewählte aktuelle Publikationen werden wie immer in der Rubrik Rezensionen besprochen, ein breiterer Überblick über Veröffentlichungen ist in der Rubrik Ankündigungen und Infos abgedruckt. Am Ende des Heftes steht der Call für die übernächste Ausgabe der Femina Politica zu „100 Jahre Frauenwahlrecht – und wo bleibt die Gleichheit?“

Eine anregende Lektüre wünscht Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2018 Angriff auf die Demokratie

2/2018 100 Jahre Frauenwahlrecht – und wo bleibt die Gleichheit?